

KI als Gefahr für den Kündigungsschutz

Frisst Künstliche Intelligenz massenhaft Jobs? Über Risiken sind sich Experten uneins

VON STEFAN LANGE

Wenn menschliche Intelligenz nach den Auswirkungen Künstlicher Intelligenz gefragt wird, ist das Ergebnis seit vielen Jahren relativ einheitlich: Rund zwei Drittel sehen KI vorwiegend als Chance, das dritte Drittel fürchtet dagegen eher die Risiken. Und etwa 80 Prozent der Befragten insgesamt erwarten Konsequenzen für die Gesellschaft.

Ein viel diskutierter Punkt sind dabei die konkreten Folgen von KI für die Arbeitswelt. Frisst sie massenhaft Jobs? Braucht es mehr Flexibilität und weniger Kündigungsschutz? Die Stiftung Familienunternehmen hat einige kluge Köpfe gebeten, sich darüber Gedanken zu machen. Das Ergebnis deutet darauf hin, dass wichtige Debatten erst noch bevorstehen.

Seit zwölf Jahren hat die Stiftung ökonomischen und rechtlichen Sachverstand in einem wissenschaftlichen Beirat gebündelt. Die Runde ist hochkarätig besetzt und bringt unter anderem regelmäßig ein Jahresheft heraus. Eines der Beiratsmitglieder ist Ifo-Chef Clemens Fuest. Er hat sich des Kapitels „Wie verändert KI Wirtschaft und Arbeitsmarkt?“ angenommen.

Die zusammenfassende Antwort fällt verblüffend ehrlich aus: So ganz genau weiß Fuest es auch nicht. Über die Frage, ob die Nachfrage nach Arbeit zu- oder abnehme und wie verschiedene Tätigkeiten oder Jobs davon betroffen seien, bestehe „erhebliche Unsicherheit“, erklärt der Spitzenökonom mit Blick auf die Datenlage. „Da ist vieles offen, weil es neu ist.“

Gleichzeitig nimmt Fuest mit dieser Einschätzung allen den Wind aus den Segeln, die KI pauschal für eine Bedrohung halten. Der Leiter des Ifo-Instituts will einerseits nicht ausschließen, dass es in bestimmten Bereichen zu einer geringeren Nachfrage nach Arbeitskräften kommen kann. Doch KI kann Fuest zufolge gleichzeitig dazu führen, „dass ganz neue Tätigkeiten und Arbeitsplätze entstehen“.

Der Blick auf eine Studie aus den USA zeigt sogar, dass Ältere auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft womöglich bessere Chancen haben könnten. Demnach ging die Beschäftigung bei den 22- bis 25-jährigen in stark KI-exponierten Berufen wie der Softwareentwicklung und dem Kundenservice deutlich zurück. „Erfahrene Beschäftigte“ in denselben Berufen verzeichneten

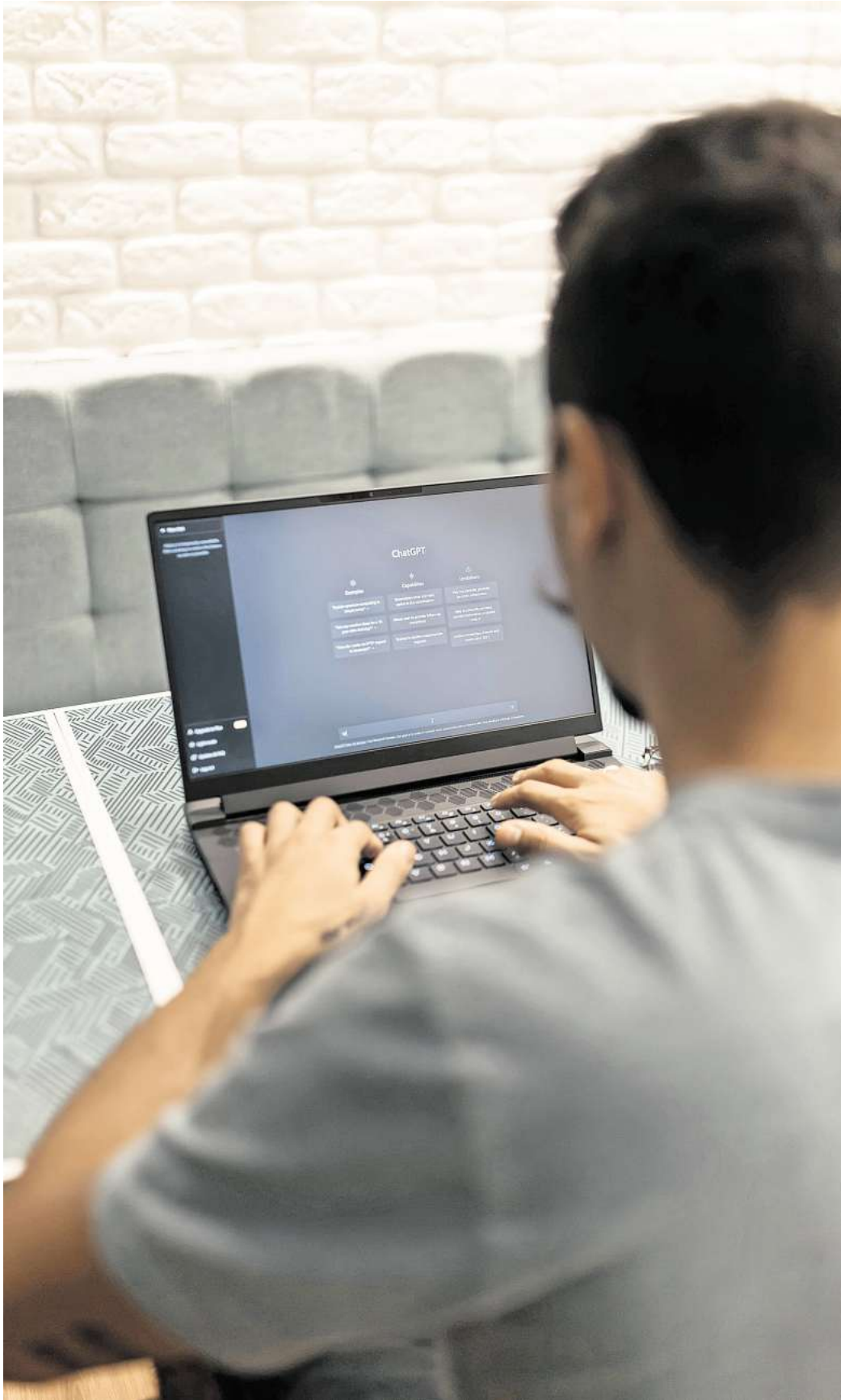


FOTO: MATHEUS BERTELLI / PEXELS

hingegen eine stabile oder wachsende Beschäftigung – was so auch für Menschen in geringer exponierten Berufen galt, etwa der Pflegehilfe.

Beiratsmitglied Kay Windthorst – er ist unter anderem Professor für Öffentliches Recht

an der Universität Bayreuth – lenkt die Aufmerksamkeit in diesem Zusammenhang auf einen Aspekt, der in der Debatte über den Nutzen oder Schaden von KI im Hintergrund lauert. „Wir müssen Ausbildung komplett neu denken“, sagt er. Wenn

man nicht an alten Berufsbildern festhalten könne, „brauchen wir natürlich auch Änderungen bei der Ausbildung“. Von einer Umsetzung sei man aber noch sehr weit entfernt.

Fuest sieht die Politik in der „gesamtgemeinschaftlichen Ver-

antwortung, dass die Chancen von KI genutzt werden können und die Risiken abgedeckt werden“. Eines der wichtigsten Felder ist dem Ifo-Chef zufolge dabei die Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. „Die Politik muss Weiterbildung, Umschulung und lebenslanges Lernen fördern – sowohl durch finanzielle Anreize als auch Ausbau öffentlich verfügbarer Weiterbildungsangebote mit hoher Praxisrelevanz“, schreibt der Wirtschaftswissenschaftler. Der Themenbereich hat allerdings eine Kehrseite, die nicht jedem gefallen dürfte.

Innovationsfähigkeit erfordere auch die Möglichkeit, Beschäftigung bei Bedarf schnell auf- und abbauen zu können, heißt es in dem Jahresbericht. Und weiter schreibt Fuest: „Daher ist zumindest für höher Qualifizierte eine Lockerung des Kündigungsschutzes nötig.“ Sakrosankt ist ein solcher Schritt keineswegs. SPD-Chef Lars Klingbeil etwa brachte kürzlich erst eine Lockerung des Kündigungsschutzes in seiner sogenannten Grundsatzrede bei der Bertelsmann-Stiftung ins Spiel.

Der ehemalige Verfassungsrichter und heutige Professor für Öffentliches Recht an der Uni Bonn, Udo Di Fabio, stützt diese Idee. „Fakt ist, dass die soziale Sicherheit, die der Kündigungsschutz verspricht, erkaufte ist durch Kosten oder Verluste an Elastizität im Arbeitsmarkt, was gerade bei einer Neupositionierung Deutschlands im internationalen Wettbewerb als Hindernis gelten kann“, schreibt er.

In schrumpfenden Bereichen könnten Arbeitskräfte „nicht rasch genug zurückgeführt und in expandierenden Bereichen nicht rasch genug oder risikofrei gewonnen werden“.

„Arbeitnehmer sollen“, argumentiert Di Fabio an anderer Stelle, „gewiss nicht den verdienten sozialen Schutz verlieren, aber Unternehmer auch nicht ihre Möglichkeit einbüßen, zu gründen, zu wachsen und sich an wechselnde Lagen anzupassen“.

Gefragt ist einmal mehr der Gesetzgeber. Die Politik stehe, so betont Di Fabio, nun vor der Aufgabe, einen „Entfaltungsraum“ für möglichst alle so zu gestalten, dass die kreativen und expansiven Potenziale einer freien Gesellschaft „nicht über Gebühr behindert und verschüttet werden, weil das in der Summe Freiheitsverlust für alle bedeutet“.